

# Jetzt reicht's !

**Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil**

Es vergeht fast kein Tag, ohne dass aus Deutschland oder anderen EU-Ländern Attacken gegen den Finanzplatz Schweiz geritten werden. Dazu kommen Drohungen aus den USA, unseren Industrieunternehmen das Leben zu erschweren, wenn die Schweiz nicht kusche und Daten über Steuerflüchtlinge ausliefere. Und der bis September 2010 amtierende Vorsitzende der UNO-Vollversammlung rief Ende Februar 2010 sogar den "heiligen Krieg" gegen die Schweiz aus.

Und was tut die Schweiz? Unsere Regierung übt sich in Semantik und Wortklauberei. So erinnern sich wohl noch viele an die Versprechen unseres Finanzministers Merz, der mehrmals unmissverständlich festhielt: "über das Bankgeheimnis wird nicht verhandelt". In der Tat, statt zu verhandeln wird nun "ein Dialog gepflegt". "Die doppelte Strafbarkeit bleibe Voraussetzung für Amtshilfe. Mit einer Annahme der Bilateralen II sei das Bankgeheimnis gegenüber der EU endlich auf Jahre hinaus gesichert". Dies wurde anlässlich der Volksabstimmung über das Schengener-Abkommen den Stimmbürgern hoch und heilig versprochen. In der Botschaft des Bundesrates zu den Bilateralen II wurde das Wort Bankgeheimnis nicht weniger als 41 mal verwendet. Im Abkommen selbst fehlt dieser Begriff vollständig. Das Bankgeheimnis war nie Gegenstand des Vertrages. Viele Stimmbürger haben am 5. Juni 2005 wohl im Vertrauen auf die vorgespielten falschen Tatsachen dem Schengener Abkommen zugestimmt. Die Voraussetzung einer doppelten Strafbarkeit im Hinblick auf grenzüberschreitende Amtshilfe wird für ausländische Privatkunden im Rahmen der neuen Doppelbesteuerungsabkommen aufgehoben. Auch die Auslieferung von Kundendaten an die US-Steuerbehörden durch die FINMA wirft rechtsstaatliche Fragen auf. Besonders verwerflich ist die Taktik der FINMA einzustufen, sämtliche Vorbereitungen zu treffen, um im Falle einer Anfrage aus den USA die Kundendaten ohne Verzug ausliefern zu können. Die ausländischen Kunden wurden wissentlich und absichtlich um ihre elementarsten Rechtsmittel wie die superprovisorische Verfügung gebracht. Das Bundesverwaltungsgericht hat zwar mit zwei Urteilen die Rechtmässigkeit dieser Auslieferungen verurteilt, aber die Urteile sind noch nicht rechtskräftig, weil sie ans Bundesgericht weitergezogen wurden.

Wer als ausländischer Privatkunde auf die Regierung und den Finanzplatz Schweiz vertraute, steht nun im Regen. Und nun glaubt der Bundesrat, seine Ankündigung, "keinen automatischen Informationsaustausch" zu gewähren, werde noch ernst genommen. Die Ende Februar 2010 angekündigte "Weissgeld-Strategie für den Finanzplatz Schweiz" bedeutet wohl, dass das Bankgeheimnis zuerst für ausländische Bankkunden und anschliessend für Schweizerinnen und Schweizer aufgehoben wird. Am Ende steht dann allenfalls der direkte Zugriff der eidgenössischen und kantonalen Behörden auf die Bankkonti der Bürgerinnen und Bürger. Georg Orwell hat sich

mit seiner Horrorvision "1984" bezüglich des totalitären Überwachungsstaats wohl nur im Datum geirrt.

Dass ausländischen Privatkunden von einer solchen Politik der Schweizer Regierung mehr als genug haben, lässt sich an den in der Schweiz deponierten Vermögenswerten ablesen. Noch im Jahre 2000 stellten sich die Wertschriftenbestände ausländischer Privatkunden bei Schweizer Banken in der Schweiz auf CHF 987 Mrd. Ende 2009 waren es noch CHF 681 Mrd., d.h. 31% weniger. Im Jahre 2000 machten diese Vermögen noch 27% aller deponierten Vermögenswerte aus, heute noch 15,6%.

Und gewissermassen als Entschädigung für all die Umtriebe der EU-Regierungen und ihrer Geheimdienste plant unsere Regierung nun einen weiteren Akt der Unterwürfigkeit gegenüber der EU. Hinter den politischen Kulissen wird bereits handfest über eine weitere Kohäsionsspende in Höhe von CHF 1.6 Mrd. an die EU diskutiert. "Man werde wohl kaum darum herum kommen, für die Zeit nach Ablauf der bisherigen Kohäsionsmilliarde, wie Norwegen und Liechtenstein, weitere Gelder zu sprechen, die 18% höher angesetzt werden müssen als die bisherigen Beiträge". Wenn immer möglich sollen diese Gelder bis Sommer 2012 im Rahmen der Osthilfe, die bis 2016 läuft, gesprochen werden, damit man das Volk umgehen könne. Dabei müsse man noch Umgehungswege finden, falls die EU einen Teil dieser Kohäsionsgelder als Finanzhilfen für die angeschlagenen Euro-Länder Griechenland und Portugal verwenden möchte. Und leider könnten sich mit dem EU-Beitritt weiterer Länder neue Widerstände gegen den freien Personenverkehr und neue Kohäsionszahlungen im Volk formieren.